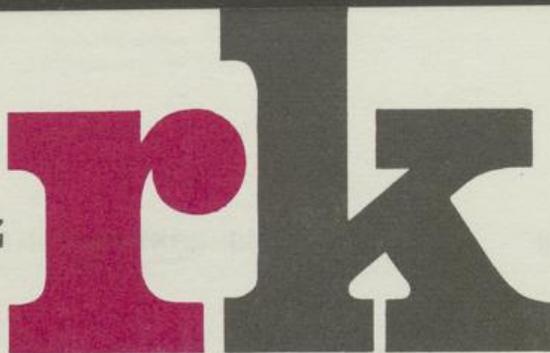


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1867*

Montag, 9. Dezember 1980

Blatt 3465

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(violett)      Demnächst Baubeginn bei der Roßauerbrücke  
Rehabilitationszentrum für psychisch Kranke  
Wien verliert einen Fluß: Schwechat übersiedelt  
Dachgleiche für Lagerzentrum in Hirschstetten

Kommunal:  
(rosa)              Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte  
Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes  
Ausbau der Bundesstraße B 16

Sport:  
(grün)              Meister Austria Memphis im Rathaus geehrt

Nur  
über FS:      5.12. Oberlaa: Kranwagen zerriß Oberleitung  
6.12. 7 cm Neuschnee: 1.666 Mann im Einsatz  
Hohe Wand-Wiese: Skifahren wieder möglich  
Straßenbahngleis mit Schnee "zugemauert"  
8.12. Brände in Wien  
Meidling: Rätselhafter Tod in Wohnhaus

.....  
Bereits am 5. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Verkehrsbeirat: demnächst Baubeginn bei der Roßauerbrücke

=++++

16 #Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Bau der Roßauerbrücke über den Donaukanal wird in Kürze begonnen werden: das kündigte Verkehrsstadtrat Heinz NITTEL Freitag bei einer Sitzung des Verkehrsbeirats an. Die Errichtung der Uraniabrücke, der zweiten neuen Donaukanalbrücke, die so wie die Roßauerbrücke für die Verkehrsentslastung der Innenstadt und die damit verbundene Neorganisation des Verkehrs nötig ist, ist für 1981 geplant, sagte Nittel.#

Heinz Nittel ist seit heute Freitag an Stelle von Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER der neue Vorsitzende des Verkehrsbeirats, was eine Folge der geänderten Geschäftseinteilung des Magistrates ist.

In der Sitzung des Beirats, der sich mit Fragen der Verkehrsorganisation befaßt, berichtete der Verkehrsstadtrat Freitag auch über die weiteren Maßnahmen im Bereich Innenring: so soll die Strauchgasse, die bisher Einbahn vom Heidenschuß zur Herrengasse war, im Jänner umgedreht werden. Damit wird der Verkehr in die Herrengasse weiter verringert, gleichzeitig ist die neue Einbahnführung auch für die kommende neue Verkehrsorganisation im Textilviertel nötig. Zu den weiteren Maßnahmen beim Innenring zählt auch die geänderte Linienführung des Autobusses "2 8" über den Kohlmarkt.

Auf dem Programm des Verkehrsbeirats stand außerdem noch ein Bericht über die neue Regelung des Schienenparkverbots, das nur noch von 15. Dezember bis 31. März in den Nachtstunden, von 20 bis 5 Uhr, gelten soll. (Schluß) hs/sr

NNNN

.....  
Bereits am 6. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Rehabilitationszentrum für psychisch Kranke

Utl.: Wiens erste Einrichtung dieser Art

=++++

5 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Errichtung des ersten Rehabilitationszentrums für psychisch Kranke und Behinderte in Wien beschloß Freitag der Vorstand des Kuratoriums für psychosoziale Dienste. Bei diesem Zentrum - das voraussichtlich über ca. 70 Plätze verfügen und von der Stadt Wien gebaut werden wird - werden sich Beschäftigungstherapie, Einrichtungen der geschützten Werkstätte und Berufsumschulungen sozusagen "unter einem Dach" befinden.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Präsident des Kuratoriums, wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß der wesentlichste Grundsatz der Psychiatriereform in Wien vor allem die Neuorganisation des Psychiatrischen Krnakenhauses Baumgartner Höhe und die soziale Wiedereingliederung möglichst vieler Patienten, verbunden mit einem raschen Ausbau entsprechender Nachsorgeeinrichtungen und alternativen Wohnmöglichkeiten, ist. Gerade auf diesem Gebiet konnten aber durch Schaffung von Übergangsheimen und Wohngemeinschaften mittlerweile große Erfolge erzielt werden. Auf Grund dieser vorhandenen Therapieeinrichtungen sei es nunmehr möglich geworden, daß viele "nachbetreute" psychisch Kranke nicht mehr im Krankenhaus leben müssen. Ergänzend zu diesen medizinischen Nachsorgeeinrichtungen sei es nunmehr aber notwendig, auch für entsprechende Rehabilitationseinrichtungen zu sorgen. Nach Meinung des Gesundheitsstadtrates sind viele psychisch Kranke durchaus berufsfähig. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß für sie entsprechend geeignete Einrichtungen geschaffen werden. "Wir müssen uns daran gewöhnen, daß psychisch Kranke nicht nur mit uns leben, sondern auch arbeiten!", meinte der Stadtrat. (Schluß) zi/gg

NNNN

.....  
Bereits am 8. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Wien verliert einen Fluß: Schwechat übersiedelt (1)

Utl.: 180 Millionen für neues Bett

=++++

1 #Wien, 8.12. (RK-LOKAL) Das nach dem absoluten Hochwasserschutz für Wien wichtigste städtische Wasserbauprojekt ist jetzt nach fünfjähriger Bauzeit im wesentlichen beendet: Anfang Dezember - voraussichtlich in der zweiten Dezemberwoche - wird der Unterlauf der Schwechat in sein neues Bett umgeleitet. 180 Millionen kostete der Ausbau des 3,8 Kilometer langen neuen Flußlaufs, der zur Gänze auf Schwechater Gebiet - bisher floß die Schwechat ja in Albern über Wiener Grund - liegt.

"Die Regulierung des Unterlaufs der Schwechat war durch den verbesserten Donauhochwasserschutz für Wien und den Bau der Flughafenautobahn notwendig geworden", betonte der für den Wasserbau zuständige Stadtrat Peter SCHIEDER dazu: durch das Wiener Hochwasserschutzprojekt wäre eine Verstärkung der alten Schwechat-Dämme notwendig geworden. Für die Trassierung der A 4-Ostautobahn und für den Ausbau des Alberner Hafens mußte jedoch das Flußbett der Schwechat überhaupt neu geführt werden.#

Beim Aushub dieses neuen Flußbetts wurde selbstverständlich auf die Erfordernisse des absoluten Hochwasserschutzes für Wien Rücksicht genommen. Das neue Bett der Schwechat faßt bis zu 630 Kubikmeter Wasser pro Sekunde und kann damit auch den Rückstau des Donauhochwassers nach Fertigstellung des Entlastungsgerinnes aufnehmen. Durch die Schwechat-Neuregulierung wird aber auch der Hochwasserschutz im Raum Schwechat-Albern-Mannswörth verbessert.

Der neue Unterlauf verläuft allerdings nicht mehr über Wiener Boden. Beschrieb die Schwechat bisher einen Bogen durch Albern, so führt der Fluß nun in Schwechat, ab der Preßburgerbahnbrücke, über Felder, unter der künftigen Ostautobahn durch und mündet bei Mannswörth wieder in das alte Bett. (Forts.) hs/gg

.....  
Bereits am 8. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Wien verliert einen Fluß: Schwechat übersiedelt (2)

Utl.: Natürliche Gestaltung des Ufers

=++++

2 Wien, 8.12. (RK-LOKAL) Bei der Schwechat-Regulierung wurde, wie Stadtrat Schieder weiter betonte, besonderer Wert auf die natürliche Gestaltung der Ufer gelegt: keine Betonböschungen, sondern begrünte Ufer gehören zum neuen Flußbett.

Das alte, etwa fünf Kilometer lange Schwechat-Bett wird für mehrere Projekte benötigt. So soll die künftige Ostautobahn, die A 4, teilweise das Altbett benützen. Ein weiterer Abschnitt des ehemaligen Flußlaufs wird für die Erweiterung des Alberner Hafens benötigt.

Zwtl.: Schwechat-Regulierung in Daten

Die Regulierung des Unterlaufs der Schwechat kostete insgesamt 18 Millionen Schilling, fast 76 Millionen davon zahlte die Gemeinde Wien.

Für das neue, 3,8 Kilometer lange Bett, mußte rund eine halbe Million Kubikmeter Erde in fünfjähriger Bauzeit ausgehoben werden.  
(Schluß) hs/gg

NNNN

Überarbeitung des Flächenwidmungsplans wegen Verkehrskonzeption

=++++

1 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Überprüfung aller Flächenwidmungspläne des Wiener Stadtgebiets wird derzeit durchgeführt, um mögliche Konsequenzen aus der am 29. April vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzeption berücksichtigen zu können. Das teilte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER im Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung mit.#

Da die neue Verkehrskonzeption teilweise wesentliche Neufestsetzungen vorsieht, andererseits aber auch bisher im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan reservierte Flächen für Verkehrsbauwerke nun nicht mehr in Anspruch genommen werden sollen, ist es notwendig, sämtliche relevanten Plandokumente zu sichten und hinsichtlich allfälliger Auswirkungen der neuen Verkehrskonzeption zu überprüfen. Nach Vorliegen der Ergebnisse dieser Überprüfung und des konkreten Arbeitsprogramms für die Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne wird Planungsstadtrat Wurzer voraussichtlich Mitte 1981 dem Gemeinderat berichten. (Schluß)  
and/sr

NNNN

Ausbau der Bundesstraße B 16 - "ödenburger Bundesstraße"

Utl.: Trassenvarianten und Auswirkungen auf Stadtentwicklung werden geprüft

=++++

2 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung vergab den Auftrag für ein generelles Projekt für den Ausbau der B 16 - "ödenburger Bundesstraße". Sie setzt sich südlich des Verteilerkreises Favoriten der Südost-Tangente bis zur Landesgrenze derzeit im wesentlichen aus der Favoritenstraße und der Hainburger Straße zusammen. Zum Auftragsumfang gehört neben einer Untersuchung über mögliche Trassenvarianten eine Prüfung der Auswirkungen des Ausbaues der Straße auf die Stadtentwicklung im Süden Wiens.#

Die Betriebsaufnahme im Zentralverschiebebahnhof Kledering wird es notwendig machen, im Hinblick auf die dichte Zugfolge eine niveaufreie Kreuzung der B 16 mit der Bahntrasse vorzusehen. Die Stadtplanung nimmt dies zum Anlaß, den gesamten Bereich zwischen der Anschlußstelle Favoriten der Südost-Tangente und der Landesgrenze bei der künftigen Wiener Außenringautobahn A 21 eingehend untersuchen zu lassen. Dabei sollen einerseits Trassenvarianten zwischen Donauländebahn und Landesgrenze sowie Vorschläge für die künftige Anbindung des übrigen Straßennetzes erarbeitet werden, andererseits soll in Erfahrung gebracht werden, wie sich dieses neue Straßennetz auf die Stadtentwicklung im Süden der Bundeshauptstadt auswirken wird. In diesen unterschiedlichen städtebaulichen Entwicklungsmodellen soll auch die Studie über eine Verlängerung der U-Bahn-Linie U 1 nach Süden Berücksichtigung finden. Dazu gehören unter anderem Planungen für mögliche Park-and-Ride-Standorte in diesem Bereich. Man erwartet von der Untersuchung auch Aussagen über den Einfluß auf die Bausubstanz, strukturelle Merkmale, Zentrenstruktur, soziale Infrastruktur, die Landwirtschaft und das Grünraumsystem.

Das Ergebnis dieser Untersuchung ist somit wesentlich für die Stadtentwicklung im Süden Wiens. (Schluß) and/gg

Meister Austria Memphis im Rathaus geehrt

=++++

3 #Wien, 9.12. (RK-SPORT) Im Rittersaal des Wiener Rathauskellers ehrte am Montag Wiens Sportstadtrat Peter SCHIEDER Fußballklub Austria Memphis, der, nunmehr schon zum drittenmale in ununterbrochener Reihenfolge, den Meistertitel in der Saison 1979/80 erringen konnte.#

In seiner Ansprache wies Schieder auf die Bedeutung des Fußballes hin, "der eine Zugmaschine im Sport ist". Dann richtete er an die Spieler der Violetten, die durch ihre Leistungen eine Vorbildsrolle für den Wiener Fußball und für die sportbegeisterten jungen Leute einnehmen, ein Dankeschön. Spieler und Funktionäre erhielten Erinnerungsgeschenke, Kapitän Robert SARA wurde ein Ehrenpokal der Stadt übergeben. Im Rahmen dieser Feier überreichte Dipl.-Vw. Generaldirektor Othmar LUCZENSKY im Namen des österreichischen Fußballbundes an die Spieler die Meistermedaillen. Unter den Geehrten befand sich auch Herbert PROHASKA, der im Vorjahr maßgeblichen Anteil an der Erringung des Titelgewinns hatte, inzwischen zum italienischen Spitzenklub Inter-Mailand übersiedelte. Die Dankesworte im Namen von Austria Memphis sprach Generaldirektor Dr. Alois MUSIL, der Stadtrat Schieder auch ein Präsent übergab.  
(Schluß) hof/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP), welche Beträge Gesellschaften wie Anstalten, Fonds, Stiftungen, Vereine und dergleichen, die vom Kontrollamt der Stadt Wien geprüft werden, seit dem Jahr 1970 für Gutachten, Beratungs- und Abschlußprüfungskosten jeweils an die Consultatio bzw. an die ökodata bezahlt haben, antwortete Bürgermeister GRATZ (SPÖ), es sei grundsätzlich festzustellen, daß die Arbeiten der beiden Firmen der Verschwiegenheit unterliegen und daher in jedem Einzelfall sowohl vom Prüfer als auch vom Geprüften die Zustimmung zur Auskunftserteilung eingeholt wurde. Ausgenommen wurden auch etwa Vereine, die sich freiwillig der Prüfung durch das Kontrollamt unterwerfen, aber nur Subventionen von der Stadt Wien erhalten.

Das Institut für Stadtforschung leistete an die Consultatio zwischen 1970 und 1971 insgesamt 719.321,76 Schilling, der Verein Haus Döbling, vormals Wiener Verkehrsverein, zwischen 1970 und 1980 an die Consultatio 771.572 Schilling, das Kuratorium Wiener Pensionistenheime zwischen 1974 und 1980 an die Consultatio 2.562.892,80 Schilling, an die ökodata in den Jahren 1978/79 253.000 Schilling, der Verein Wiener Sozialdienste zahlte zwischen 1973 und 1980 251.030,44 Schilling. Die AKPE zahlte an die ökodata 400.610 Schilling. Die indirekten Zahlungen als Mitglieder von Arbeitsgemeinschaften mit einem Gesamtauftragsvolumen von rund 118 Millionen Schilling sind darin nicht enthalten. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, bei welchen Firmen ÖKODATA beziehungsweise Consultatio die Auskunftserteilung unter Hinweis auf die Amtsverschwiegenheit verweigert haben, antwortete GRATZ (SPÖ), daß überall dort, wo die Auskunft eine derartige Tätigkeit ergeben hat, Nachfragen bei Prüfern und Geprüften erfolgt sind, um die Zustimmung einzuholen. Eindeutig private Organisationen wurden ausgenommen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Gratz darauf Einfluß nehmen werde, daß bei diesen Organisationen der Stadt Wien ein Wechsel des Wirtschaftsprüfers alle drei Jahre erfolgt, antwortete GRATZ, er sei überzeugt, daß die jeweils zuständigen Stadträte die Grundsätze des Rechnungswesens einhalten und daß nur solche Aufträge vergeben werden, von denen sicher ist, daß die Leistungen die Kosten rechtfertigen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE, von Gr. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Überlegungen für den Bürgermeister bestimmend waren, den ehemaligen Bauringdirektor Dr. Zöllner mit der Projektleitung für das SMZ-Ost zu betrauen, antwortete GRATZ, daß Zöllner Leiter des Referats 3 der Baudirektion (Baustelleninspektion) ist und eine Bestellung zum Projektleiter nicht erfolgt ist. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er, Gratz, nicht der Auffassung sei, daß eine derartige Funktion im Widerspruch zu Feststellungen im Bauringsprozeß stehe, wonach Zöllner "erschütternd ahnungslos und unfähig" gewesen sei, antwortete GRATZ, daß Zöllner seit Monaten als Referatsleiter diese koordinierende Funktion ausübt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Gratz eine Betrauung eines Beamten, dem vom Gericht eine derartige Bescheinigung erteilt wurde, verantworten könne, antwortete GRATZ, daß gegen Zöllner wegen seiner gegenwärtigen Tätigkeit in der Baudirektion keine einzige Beschwerde erhoben wurde. (Forts.)  
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), was auf den nicht mehr genützten Gleiskörpern der 2er-Linie zwischen Schwarzenbergplatz und Stadtpark bis jetzt geschehen sei, antwortete Stadtrat NITTEL (SPÖ), daß die Trasse der 2er-Linie provisorisch als Parkplatz benutzbar gemacht wird. Von verschiedenen Vorschlägen der MA 46 wird jene Variante favorisiert, die Schrägparkplätze für ca. 200 Kraftfahrzeuge vorsieht. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum die Wiener auf dieses Parkplatzprovisorium so lange warten müssen, sagte Nittel, daß die verschiedenen Varianten sorgfältig geprüft werden. Nach der Verkehrsverhandlung können im Frühjahr 1981 die Bodenmarkierungen aufgebracht werden.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. VEJTISEK (SPÖ), in welchem Umfang die Glassammelaktion nach Betriebsaufnahme der Müllverwertungsanlage fortgesetzt wird, sagte Stadtrat NITTEL (SPÖ), daß kein Zusammenhang zwischen der Glassammelaktion und der Müllverwertungsanlage besteht. Auch in der Müllverwertungsanlage wird das Hausglas besonders ausgesiebt. Bei der Glassammelaktion wird es daher weder eine Ausweitung noch eine Reduzierung geben. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, teilte Nittel mit, daß derzeit 622 Behälter in Wien aufgestellt sind. In 332 Behältern wird Weißglas gesammelt, in 290 Behältern Buntglas. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, antwortete Nittel, daß bisher über elf Millionen kg Altglas gesammelt wurden. (Forts.) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von Gr. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), was wegen der Lärmbelästigungen in den Häusern der Universitätsstraße durch die U 2 unternommen wurde, antwortete Stadtrat NITTEL, daß diese Auswirkungen des U-Bahn-Betriebs derzeit überprüft werden. In den Wohnungen werden Lärmmessungen vorgenommen. Als Sofortmaßnahme wurden die Schienen des Gleiskörpers abgeschliffen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann mit einem Ergebnis der Prüfung zu rechnen sei, sagte Nittel, daß das Ende der technischen Messungen nicht genau vorhersehbar sei. Nach dem Vorliegen von brauchbaren Ergebnissen, sollen die Störungen sofort beseitigt werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von Gr. Gertrude STIEHL (SPÖ), in welchem Stadium sich die Bauarbeiten für die U 1 in der Reichsbrücke befinden, antwortete Stadtrat NITTEL, daß derzeit Gleisbauarbeiten und Arbeiten an den Kabeltrassen und den Innenausbauten der Station Donauinsel stattfinden. Die Arbeiten verlaufen termingemäß. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob der vorgesehene Termin für die Fertigstellung der U 1 eingehalten werden kann, sagte Nittel, die U 1 wird, wie geplant, am 3. September 1982 den Verkehr bis Kagran aufnehmen.

In der SIEBENTEN ANFRAGE von Gr. STRANGL (SPÖ), wie die zuständige Magistratsabteilung vorsorgt, um bei zu erwartenden Schneefällen den Verkehr aufrechtzuerhalten. Stadtrat NITTEL antwortete, daß die Zentrale der MA 48 in diesem Fall rund um die Uhr besetzt ist. Weiters sind ständig vier Funkkontrollfahrzeuge unterwegs. An zehn Plätzen in Wien werden die Bodentemperaturen gemessen. 49 Dienstfahrzeuge und 114 Privatfahrzeuge werden in Bereitschaft gehalten, um auf 90 Planrouten die Hauptverkehrsstraßen freizuhalten. Insgesamt mobilisiert die MA 48 bei Schneefall 277 Fahrzeuge sowie 950 Mann zur Schneeräumung. Zusätzlich werden 300 bis 600 Schneearbeiter aufgenommen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sich aufgrund der Erhöhung des Stundenentgelts jetzt mehr Schneearbeiter melden werden, sagte NITTEL, daß ist zu hoffen. Es werden jetzt 28 S am Tag und 33 S bei Nacht bezahlt, bei den Verkehrsbetrieben ein Schilling mehr. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob durch die Neuregelung des Schienenparkverbots eine Verbesserung zu erhoffen sei, sagte Nittel, die alte Regelung sei nicht eingehalten worden. Man werde das Verbot zunächst von 20 bis 5 Uhr aufrechterhalten und dann weitersehen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Gertrude HÄRTEL (ÖVP), wann für die Bewohner der Häuser entlang der Auffahrt vom Handelskai zur Nordbrücke wirksame Lärm- und Abgasschutzmaßnahmen getroffen werden, antwortete Nittel, daß im Zuge der Freigabe dieses Straßenstücks in diesem Jahr eine Abschirmung und Begrünung errichtet wurden. Ein wirksamer Lärmschutz müßte 28 m hoch sein. Daher wären schalldichte Fenster eher sinnvoll. In der ERSTEN ZUSATZFRAGE bezweifelte GR. Härtel die Wirksamkeit der Begrünung als Lärmschutz vor allem im Winter. Die Frequenz der Straße und damit der Grad der Lärmbelästigung werden erst in drei Jahren mit dem Endausbau voll wirksam werden. Was soll dann geschehen? Nittel antwortete, daß auf Anforderung Lärmmessungen vorgenommen werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Durchführung von Lärmmessungen nicht ohnedies die Pflicht des Erbauers sind, sagte Nittel, wenn es die Anrainer verlangen, wird gemessen. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR Ing. KREINER (ÖVP), was die häufigsten Ursachen für Störungen der U-Bahn sind, sagte NITTEL, daß dies Störungen des Türmechanismus, der Fahrautomatik, der Fahrbremskreise, im Druckluftbremsbereich sowie Umformerstörungen sind. Diese Störungen sind jedoch teilweise bereits weitgehend behoben, beziehungsweise wird an entsprechenden Verbesserungen gearbeitet. Ein Teil der Störungen tritt vor allem in der ersten Phase der Inbetriebnahme auf und verringert sich im Laufe der Zeit. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Störungen bei der zukünftigen U 3 vielleicht vermieden werden sollen, indem man - wie die Medien berichten - die Linie gar nicht baut, sagte Nittel, die Bauarbeiten für die U 3 werden wie geplant nach Fertigstellung des Grundnetzes im Herbst 1982 beginnen. Vorarbeiten sind schon im Gang. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach witterungsbedingten Störungen, die umsteigewilligen Autofahrern die öffentlichen Verkehrsmittel wieder verleiden, sagte Nittel, daß eben auch ein modernes Verkehrsmittel wie die U-Bahn von der Witterung abhängig ist. Das ist in allen Großstädten mit unseren klimatischen Verhältnissen so. Um einen möglichst störungsfreien Betrieb wird man sich immer bemühen.  
(Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von Gr. HAHN (ÖVP), wie weit die Kreditaktion, die mit einem Rahmen von zwanzig Millionen Schilling für die durch Absperrung von Energieversorgungsleitungen betroffene Wohnbevölkerung geschaffen wurde, bisher ausgenützt wurde, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß bisher in 115 Häusern Kredite gewährt wurden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob der Rahmen bereits ausgeschöpft sei beziehungsweise ob er bereit sei, den Rahmen zu erhöhen, antwortete Mayr, daß bisher erst 11,4 Millionen ausgenützt wurden. Auf eine diesbezügliche ZWEITE ZUSATZFRAGE unterstrich Mayr seine selbstverständliche Bereitschaft, die Bevölkerung neuerlich auf diese Kreditaktion aufmerksam zu machen.

Die ELFTE ANFRAGE stellte Gr. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP): Wie hoch ist der Anteil für den Neubau des österreichischen Konferenzentrums bei der Kapitaltransferzahlung an den Bund für das IAKW 1981 in der Höhe von 309,7 Millionen Schilling? Stadtrat MAYR (SPÖ) antwortete, daß die Bemessungsgrundlage für den 35prozentigen Anteil der Stadt Wien für das IAKW 1981 885 Millionen ausmache. Daraus ergibt sich der Betrag von 309,7 Millionen. Eine Zuordnung sei im einzelnen jedoch nicht möglich. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was mit dem Anteil geschehe, wenn das Zentrum nicht gebaut werde, antwortete Mayr, daß in diesem Fall das IAKW-Finanzierungsgesetz entsprechend zu ändern wäre. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es nicht vernünftiger wäre, den Messepalast als Konferenzzentrum auszubauen, antwortete Mayr, daß ihm konkrete Berechnungen darüber nicht bekannt seien. (Forts.)  
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. KNEIDINGER (SPÖ), wie viele Betriebe im Rahmen der Aktion zur Förderung von wassersparenden Investitionen bis jetzt gefördert wurden, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ) 74 Betriebe mit 7,4 Millionen Investitionszuschüssen. Dies bedeutet Investitionen in der Gesamthöhe von 74 Millionen. Die 1978 beschlossene Aktion läuft Ende dieses Jahres aus. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Auswirkungen auf den Wasserverbrauch erklärte Mayr, daß der Verbrauch in den letzten Jahren stabil ist. Dies ist ein Erfolg der Gebührenpolitik. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach den Einsparungen für die geförderten Betriebe sagte Mayr, daß die großen Investitionen, die bei einem weiter steigenden Verbrauch notwendig gewesen wären, nicht erforderlich wurden. Das Ausmaß der Investitionen ist stabil.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. MRKVICKA (SPÖ), wie viele Betriebe heuer bereits im Rahmen der Strukturverbesserung gefördert wurden, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ): 41 Betriebe mit Zuschüssen in der Gesamthöhe von 57,8 Millionen Schilling. Dadurch wurden Investitionen in der Gesamthöhe von 960 Millionen ausgedöst beziehungsweise initiiert. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Vergleichszahlen für den gleichen Zeitraum des Vorjahres sagte Mayr: 38 Betriebe, 37,4 Millionen Zuschüsse und 606 Millionen Gesamtinvestitionen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Betriebe gefördert wurden, sagte Mayr, grundsätzlich Betriebe aller Größenordnungen, wobei der größte Teil aber auf Klein- und Mittelbetriebe entfiel. (Forts.) ger/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

14 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen zwei Anfragen der FPö und 5 Anfragen der öVP vor.

An Anträgen lagen vor: ein Antrag der FPö betreffend Abhaltung einer Volksbefragung im 8. Bezirk über die Schaffung einer Erholungsfläche auf dem Grundstück des ehemaligen Blindeninstituts; ein Antrag der FPö betreffend die Erhöhung der Schneearbeiterlöhne; ein Antrag der FPö betreffend die begleitende Kontrolle durch Zivilingenieure bei geförderten Wohnhausbauten; ein Antrag der öVP betreffend ein Konzept für den Vorstand der AKPE; ein Antrag der öVP betreffend eine Volksbefragung im 3. Bezirk über Verkehrsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau; ein Antrag der öVP betreffend die Erstellung eines Kulturberichtes; ein Antrag der öVP betreffend einen Ideenwettbewerb für den Messepalast sowie ein Antrag der öVP betreffend Lehrmittel für den Chemieunterricht.

Die Wahl von zwölf Mitgliedern der behindertenkommission erfolgte mit den Stimmen der SPö und der öVP. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

=++++

15 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Wiener Budget 1981 können wichtige soziale und technische Infrastruktureinrichtungen der Stadt erhalten und ausgebaut werden, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR (SPÖ) in seiner Budgetrede. Vorrangiges wirtschaftliches Ziel ist nach wie vor die Erhaltung der Vollbeschäftigung, die man 1981 in Wien mit einer Arbeitslosenrate unter zwei Prozent sichern können wird.

Das Wiener Budget sieht Einnahmen von 53,8 Milliarden und Ausgaben von 58,4 Milliarden vor. Der Abgang beträgt 4,6 Milliarden. Im Jahr 1981 wird erstmals im Budget die Übernahme des Abganges der Wiener Verkehrsbetriebe mit 1.775 Millionen wirksam. Ohne diesen Betrag würde der Abgang rund 2,8 Milliarden betragen.

Ein besonderer Schwerpunkt im Budget 1981 ist die Wirtschaftsförderung. Die Ausgaben steigen von 673 Millionen auf 1.529 Millionen. Mayr unterstrich nochmals die Vorteile des Baues eines Motoren- und Getriebewerkes im Wiener Raum. Durch diese Projekt werden keineswegs alte Strukturen versteinert, sondern neue Strukturen geschaffen. Es bietet sich die Chance, Wachstumsunterschiede innerhalb der österreichischen Wirtschaft abzubauen.

Weitere Schwerpunkte des Budgets 1981 sind der öffentliche Nahverkehr, der Wohnbau und das Gesundheits- und Sozialwesen. Für den U-Bahn-Bau werden 1.380 Millionen ausgegeben, für 542 Millionen werden U-Bahn-Wagen angeschafft. Mit den Wohnbauförderungsmitteln können im Jahr 1981 der Neubau von rund 7.000 Wohnungen gefördert werden. In den Wiener Spitälern werden mehr als 1,7 Milliarden investiert. Insgesamt betragen die Ausgaben für die Spitäler 9,1 Milliarden, denen Einnahmen von 4,9 Milliarden gegenüberstehen. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

=++++

16 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Es stimmt nicht, daß Wien mit seinen Spitalskosten den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds ausräumt, erklärte Stadtrat MAYR weiter. Sollte die Kündigung des Fonds der einzig mögliche Weg sein, Gespräche zu führen, dann könnte auch Wien eine solche Kündigung aussprechen. Damit würde aber auch die Finanzierung des Wasserwirtschaftsfonds zur Sprache kommen müssen, denn diese Regelung wurde zugleich mit der Spitalsfinanzierung getroffen.

Die Gemeinde Wien befindet sich in einer schwierigen finanziellen Situation, da die Einnahmen mit den Anforderungen nicht Schritt halten können. Die Ursachen für dieses "strukturelle Problem" des Wiener Haushalts liegen in der geringen Dynamik der eigenen Steuereinnahmen, in der ungerechten Behandlung Wiens im Finanzausgleich und in den Belangen des öffentlichen Nahverkehrs sowie in den Leistungen, die die Wiener Steuerzahler für ortsfremde Patienten in den Wiener Spitälern aufbringen müssen. Wenn die strukturellen Probleme in den nächsten Jahren politisch nicht gemeistert werden können, besteht die Gefahr, daß bis 1985 die Investitionen drastisch eingeschränkt werden müssen. Die derzeitige Tendenz des Finanzausgleichs, das Steueraufkommen von den Industriegemeinden wegzuverteilen, müßte schrittweise abgebaut werden.

Keinesfalls ist eine spezielle Wiener Mißwirtschaft die Ursache für die derzeitige finanzielle Lage. Wien investiert mit 15,9 Prozent der Gesamtausgaben weit mehr als die österreichischen Gemeinden im Durchschnitt (8 Prozent).

Der Anteil des Schuldenstandes an den ordentlichen Gesamtausgaben beträgt in Wien 64 Prozent, in den österreichischen Gemeinden jedoch im Durchschnitt 104 Prozent. Wien hebt sich eher positiv von den anderen österreichischen Gemeinden ab. Das kann wohl nicht Ausdruck einer besonderen "Mißwirtschaft" sein. (Forts.)  
sei/gg

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

17 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte als erster Debattenredner, daß sich die Wiener Finanzsituation in den letzten zehn Jahren dramatisch verändert habe. Dies sei die Folge einer Kette von Fehlplanungen, falschen Prioritätensetzungen usw. Mit einem Investitionsanteil von 15,9 Prozent erreiche die Investitionsquote des Budgetvolumens einen neuen Tiefstand. Nur ein Viertel könne durch das ordentliche Budget, ein weiteres durch Anleihen gedeckt werden, während für den Rest noch keine Bedeckungsmöglichkeit bestehe. Die Kürzung der Investitionen betreffe jedoch Vorhaben, über die Einhelligkeit bestehe, wie das Geriatriische Krankenhaus, die 3. Wiener Wasserleitung und den Hochwasserschutz, den Ausbau des Wasserrohrnetzes und des Kanals, und nicht solche wie etwa das österreichische Konferenzzentrum. Beim AKH sinke die Jahresbaurate von 4 auf 2,5 Milliarden, womit die geplanten Fertigstellungstermine nicht gesichert seien. Neue Einnahmenquellen werden durch eine Erhöhung der Müllabfuhr- und der Wassergebühren erschlossen, während darauf verzichtet werde, die Pauschalierung bei Vergnügungssteuerautomaten aufzuheben.

Das Spitalsdefizit durch erhöhte Krankenversicherungsbeiträge abzudecken, sei der falsche Weg. Diese Beiträge würden damit zu einer Sozialsteuer werden. Das Problem der Spitalsfinanzierung könne nur über die Ausgaben in den Griff bekommen werden.

Bei den Firmen, die in die Vorgänge um das AKH verwickelt sind, bestehe keine Bereitschaft, den Untersuchungsbehörden die Empfänger von Schmiergeldzahlungen bekanntzugeben. Dr. Hirnschall stellte daher den BESCHLUßANTRAG, jene Firmen, die sich weiterhin weigern, diese Schmiergeldempfänger bekanntzugeben, im Sinne der ÖNORM als "nicht vertrauenswürdig" zu betrachten und bei Auftragsvergaben nicht mehr zu berücksichtigen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

18 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In einem weiteren BESCHLUSSANTRAG forderte GR Dr. HIRNSCHALL, bei allen Großbauvorhaben der Stadt Wien eine den spezifischen Erfordernissen entsprechende begleitende Kontrolle einzurichten. Sie muß unabhängig von der jeweiligen Bau- bzw. Projektleitung dem zuständigen Stadtrat und dem Gemeinderatsausschuß direkt unterstellt werden. Als Gegenstand einer derartigen begleitenden Kontrolle bieten sich, so Hirnschall, Vorhaben wie der U-Bahn-Bau, der verbesserte Hochwasserschutz oder der Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost an. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Finanzdebatte

21 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Falsche Schwerpunkte und die Verringerung der Lebensqualität kennzeichnen das Budget 1981, stellte GR. HAHN (ÖVP) fest. Die ÖVP wird daher diesem Budget nicht ihre Zustimmung geben. Betrachte man den fünfjährigen Investitionsplan, so kündigt sich der nahende Konkurs der Stadt an. Mitschuld an der Explosion der Schuldenrückzahlung sei die Entwicklung auf dem Kreditsektor. Die verfehlte Zinspolitik sei ein weiterer Beweis für falsche Entscheidungen des Finanzministers. Die Banken seien verpflichtet, den wirtschaftlichen Zusammenbruch von Großbetrieben zu verhindern. Was leistet die BAWAG zur Stützung der kommunalen Finanzen fragte Hahn.

Besonders hart sei der Wohnungsmarkt von der Erhöhung der Kreditzinsen betroffen. Praktisch sprüht jeder dritte Wiener diese Auswirkung. Dazu kommt noch, daß der Kauf von Eigentumswohnungen durch den Wegfall der Mehrwertsteuerförderung drastisch verteuert wurde. Mit dieser eigentumsfeindlichen Maßnahme zeige die SPÖ ihr wahres Gesicht.

Im Budget sei ein geringer Betrag für die Stadterneuerung ausgewiesen. Für zehn Neubauten im dichtverbauten Stadtgebiet werden insgesamt nur 440.000 Schilling bereitgestellt. Hahn fragte, was mit den sechs Untersuchungsgebieten geschieht und wann endlich Geldmittel für die zahlreichen Substandardwohnungen bereitgestellt werden.

Im Voranschlag 1981 seien vor allem zuwenig Mittel für die Stadterneuerung und für die Lebensqualität in der Stadt vorgesehen. GR. Hahn stellte daher einen Abänderungsantrag der eine Umschichtung des Budgets zu Gunsten der Stadterneuerung und der Lebensqualität beinhaltet. Für die Stadterneuerung soll ein Stadterneuerungsfonds geschaffen werden, mehr Grün soll ein Beseerlparkfonds bringen.  
(forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

22 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Lärmschutzmaßnahmen, Baumpflanzungen, Park-and-Ride-Plätze, Wohn- und Spielstraßen sowie Radwege sind weitere Schwerpunkte des öVP-Abänderungsantrages. Finanziert sollen diese Maßnahmen durch Einsparungen - vor allem durch den Entfall des Baues des österreichischen Konferenzzentrums - durch die Übernahme einiger kommunaler Aufgaben durch die Holding sowie durch den verstärkten Verkauf von Baurechtsgründen ins Eigentum der Mieter werden.

Die Vorgänge rund um das AKH bezeichnet GR. HAHN als größtes Planungs- und Baudesaster. Für AKPE stehen Affären, Korruption, Planungslosigkeit und Entscheidungslosigkeit. Durch die prolongierte Konzeptlosigkeit wird der Fertigstellungstermin immer weiter hinausgeschoben. (Forts.) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

23 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFMANN (SPÖ) richtete zunächst an die FPÖ und die ÖVP den Vorwurf, immer gegen den Budgetentwurf zu stimmen, egal wie er aussehe. Es werde Opposition um jeden Preis betrieben, anstatt zusammenzuarbeiten, um den Status Wiens und Österreichs als relative Insel der Seligen zu erhalten.

Zum Grad der Verschuldung Wiens sagte Hofmann, hier werde immer Ungleiches verglichen. Man muß die Schulden der Gemeinden und Länder zusammen vergleichen, um zu sehen, daß Wiens Verschuldungsgrad relativ günstig ist.

In Zusammenhang mit der kommenden Volkszählung und der damit drohenden finanziellen Schlechterstellung Wiens sagte Hofmann, man müsse hier immer auf den für Wien schlechten Teilungsschlüssel hinweisen. Außerdem muß beachtet werden, daß die Infrastruktur Wiens vielen Menschen zugute kommt, die nicht als Einwohner der Stadt ausgewiesen sind.

Als besonderen Schwerpunkt wies Hofmann auf das Wohnungsproblem hin. Hier muß einerseits dem Bedürfnis nach einer Wohnung im Grünen mit verstärkten Möglichkeiten für den verdichteten Flachbau Rechnung getragen werden, um so eine Abwanderung zu den Zweitwohnsitzen zu verhindern. Andererseits ist das Problem der Stadterneuerung zu lösen. 270.000 von 750.000 bewohnten Wiener Wohnungen sind dringend sanierungsbedürftig. Zusammenlegungen und Verbesserungen, Abbruch und Neubau sind nötig. Die dafür benötigten Mittel betragen auf der Preisbasis 1979 120 bis 130 Milliarden S. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

24 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die besondere Schwierigkeit bei den Sanierungsvorhaben - auch andere österreichische Städte kämpfen mit diesen Problemen - liegt in der Zahlungsschwäche der meist älteren Bevölkerung dieser Gebiete. Die Jüngeren ziehen in andere Wohnungen, Bevölkerungsrückgang und Slumbildung entstehen. Um alle diese Probleme um die Stadterneuerung zu lösen, die über die Grenzen marktwirtschaftlicher Lösungen weit hinausgehen, reichen die bestehenden Gesetze nicht aus, sagte Hofmann. Neue rechtliche und planerische Voraussetzungen müssen geschaffen werden.

Zum Jahr der Behinderten sagte Hofmann, es sei vor allem wichtig, alle Hindernisse abzubauen, die den Behinderten ein normales Leben verwehren. Die kommunale Behindertenpolitik soll gegen die Isolierung wirken. Insgesamt soll eine behindertenfreundliche Umwelt geschaffen werden, auch Information und Aufklärung sowohl für die Behinderten wie auch für die übrige Bevölkerung sind wichtig. Die Selbsthilfe der Behinderten soll gefördert werden.

Abschließend sagte Hofmann, das Budget 1981 sei ein weiterer wichtiger Schritt zur Erfüllung des Arbeitsprogramms der laufenden Legislaturperiode von 1978 bis 1983. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

26 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Es stellt sich die Frage, ob der Pleitegeier schon über Wien kreist oder nicht, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Laut Finanz- und Investitionsplan stehen ab 1985 praktisch keine Investitionsmittel mehr zur Verfügung. Gehen wir in Wien einem Baustopp entgegen? Woher sollen die Mittel kommen? Lösungsvorschläge sind keine zu hören. Der Bürgermeister schweigt, der Finanzstadtrat hat keine Vorschläge. Die finanzielle Situation wird noch schlechter werden, durch die Großprojekte, aber auch infolge der schrumpfenden Einwohnerzahl. Wien muß alles tun, um eine familien- und kinderfreundliche Stadt zu werden. Die ÖVP hat immer wieder gefordert, für die Großprojekte eine seriöse Finanzplanung zu erstellen.

Die Zentralwäscherei der Stadt Wien ist seit vielen Jahren defizitär. Zur Kontrolle der wirtschaftlichen Führung von Unternehmen im Rahmen der Stadt Wien hat sich die Holding als zielführend erwiesen. Wöber stellte in diesem Zusammenhang einen ANTRAG, die Zentralwäscherei der Holding zu unterstellen. Der jährliche Abgang ist ebenfalls von der Holding zu tragen.

Seit langem vermißt die ÖVP ein Budgetkonzept. Wöber stellte den ANTRAG, ein mehrjähriges Finanzkonzept, aufbauend auf der aktuellen Entwicklung, als Ergänzung zum Finanz- und Investitionsplan zu erstellen. In diesem Finanzkonzept sollen konkrete Lösungsvorschläge zur Bewältigung der Finanz- und Finanzierungsprobleme der Bundeshauptstadt in den nächsten Jahren enthalten sein. Dabei ist zu beachten, daß bei den Steuern und Gebühren bereits ein Höchstausmaß an Belastung erreicht ist und auch eine weitere Vernachlässigung der kleinräumigen humanen Infrastruktur aus sozialen Gründen unangebracht ist. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

27 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In einem weiteren ANTRAG, den GR. Dkfm. Dr. WÖBER einbrachte, wird die Schaffung einer Fernwärme-Förderungsaktion zur Gewährung von Zuschüssen für Investitionen zum Anschluß von Wohnhäusern an das Fernwärmenetz gefordert. Zur Finanzierung dieser Aktion wird der Finanzstadtrat ersucht, umgehend Gespräche mit dem Finanzminister aufzunehmen. Der Anteil des Bundes aus den Mehreinnahmen der Mehrwertsteuererhöhung von 8 auf 13 Prozent für Gas, Strom und Heizöl soll den Ländern zweckgebunden für Maßnahmen zur rationelleren Energienutzung beziehungsweise Investitionen zur Energieeinsparung - wie zum Beispiel auch dem ausbau des Fernwärmenetzes - zur Verfügung gestellt werden.

Auch im Budget 1981 sind bei den Landes- und Gemeindeabgaben Reserven enthalten, im Vergleich zu früheren Jahren aber in geringerem Ausmaß. Sanieren werden diese kleinen "Pölsterchen" die Finanzen nicht. Die Aussichten für 1981 sind nicht allzu rosig.  
(Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

28 Wien, 9.12. (RK'KOMMUNAL) Die Klein- und Mittelbetriebe werden in Wien schlecht behandelt, erklärte Stadtrat NEUSSER (ÖVP). In der Wirtschaftsförderung bekommen drei Großbetriebe 887 Millionen, während für rund 50.000 Klein- und Mittelbetriebe bloß 81 Millionen zur Verfügung stehen.

Als Folge der sozialistischen Steuerpolitik wird die Eigenkapitalbasis der Betriebe ausgehöhlt. Manche Gewerbebetriebe haben einen Fremdkapitalanteil von 97 Prozent.

Bei einem konjunkturellen Einbruch wird man wegen der verfehlten Wirtschaftspolitik keine finanziellen Möglichkeiten für Investitionsspritzen mehr haben. Mitte der 70er Jahre war dies noch möglich. (Forts.) sei/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

29 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Bezugnehmend auf Stadtrat NEUSSER (ÖVP) zitierte Gr. WIESINGER (SPÖ) den Wiener Handelskammerpräsidenten Dittrich, der die gute Zusammenarbeit mit der Wiener Stadtverwaltung lobte. Wiesinger verwies weiter darauf, daß die Arbeitslosenrate zwischen 1970 und 1979 bei 1,7 Prozent lag. Das ist ein Maß an Vollbeschäftigung, wie wir sie etwa aus der Schweiz und Schweden kennen. Die Sicherung der Arbeitsplätze und die Erhaltung des Beschäftigungsniveaus ist für die Sozialisten vorrangig. Für den öffentlichen Nahverkehr, für das Gesundheitswesen und den Wohnbau sind im Budget 22 Prozent aller Ausgaben vorgesehen. Das Wirtschaftswachstum betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 4,2 Prozent, und für das kommende Jahr sind in allen Budgetbereichen entsprechende Ansätze für die Wirtschaft vorgesehen. Wiesinger legte ein deutliches Bekenntnis zur Wiener Wirtschaft ab und betonte, daß Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, für Betriebsaufschließungen und zur Förderung privater Investitionen bereitgestellt werden. Gr. Wiesinger kam sodann auf die schwierigere Wirtschaftssituation der Länderregion Ost (Wien, Niederösterreich und Burgenland) zu sprechen, die zum Teil auf die Besatzungszeit und die Folgekosten des Staatsvertrages zurückzuführen ist. Während das Wachstum zwischen 1973 und 1976 in West- und Ostösterreich fast gleich war, ist nun in der Länderregion Ost ein Rückgang zu verzeichnen. Die Ansiedlung von General Motors könnte, so das Wirtschaftsforschungsinstitut, zu einem Testfall für die Wirtschaftsentwicklung der Zulieferbetriebe werden. Nach Ansicht des Rechnungshofes sei der Schuldenstand der Stadt Wien im Vergleich zu anderen Städten nicht ungünstig. Abschließend deponierte Wiesinger, daß, hochgerechnet auf 1979, 62 Milliarden S Wiener Steuerleistungen in andere Bundesländer flossen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Finanzdebatte

=++++

30 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort stellte Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) fest, daß die Umschichtungen und Veränderungen, die die ÖVP in ihren Abänderungsantrag verlangen, nur 0,63 Prozent des Gesamtbudgets ausmachen. In Aspern werden drei Millionen Quadratkilometer Industriefläche aufgeschlossen, von denen ein Drittel für General Motors zur Verfügung steht. Die Aufschließung und die Anbindung des gesamten Industriegebietes an das Fernheizwerk wird 166 Millionen kosten. Für die Klein- und Mittelbetriebe habe es eine Reihe von steuerlichen Maßnahmen gegeben, die dazu beitragen, Investitionsmittel in den Firmen zu belassen. Als äußerst problematisch bezeichnete es Stadtrat Mayr, die Wirksamkeit von Investitionen nach Groß- und Kleinprojekten zu unterscheiden. "Groß" oder "klein" sei kein Maßstab an dem eine Investition gemessen wird. Die Kriterien eines Projektes seien seine Zweckmäßigkeit und seine Notwendigkeit. Der ÖVP-Abänderungsantrag beinhaltet unter anderem, daß ein Vertrag der Stadt Wien mit dem Bund nicht eingehalten werden soll. Zur ÖVP-Kritik an der BAWAG stellte Mayr fest, daß diese Kritik auf alle Banken auszudehnen sei. Die Plombierung von Spielautomaten sei in vielen Fällen nutzlos, weil die neuen Apparate von ihren Besitzern ferngesteuert werden. In der Novellierung zum Vergnügungssteuergesetz soll ein Fixbetrag von 10.000 S Gewinn angenommen werden. Zu den Höchstbeiträgen der Krankenversicherung sei zu sagen, daß auch bei einer Anhebung der Höchstbeiträge der Versicherte noch immer weniger bezahlt, als die Krankenversicherung als Gegenleistung bietet. (Schluß) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Personaldebatte

=++++

31 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Referat zur Geschäftsgruppe Personal- und Rechtsangelegenheiten nahm Stadtrat NEKULA (SPÖ) gegen die Meinung Stellung, der Beamtenapparat sei aufgebläht. In vielem kommt die Verwaltung dem Wunsch der Bevölkerung nach einem Eingreifen der öffentlichen Hand nach, sagte Nekula. Die heutige Verwaltung ist vor allem ein personalintensiver Dienstleistungsbetrieb, wobei der Prozeß in dieser Richtung noch nicht abgeschlossen ist. Von 70.000 Mitarbeitern der Stadt Wien sind nur rund 9.000 auf sogenannten Schreibtischposten beschäftigt, die jedoch ebenfalls für ein funktionierendes Gemeinwesen nötig sind. 14.800 Menschen beschäftigt die Stadt Wien bei den Stadtwerken, rund 20.000 in den Spitälern, 9.800 in den Lehrberufen. Die Personalaufwendungen der Stadt betragen - ohne die Stadtwerke - 12,275 Milliarden Schilling für die aktiven Mitarbeiter und 3,758 Milliarden für die 33.000 Pensionsberechtigten, das sind insgesamt 27,4 Prozent des Budgets.

Daß es auch im letzten Jahr einen Mehrbedarf von rund 700 Beamten gab, begründete Nekula mit dem Mehrbedarf für bestehende Einrichtungen sowie für Neueinrichtungen - alle hauptsächlich sozialer Natur. Ein Mehrbedarf trat vor allem bei den Kindergartenschwestern, im Spitalsbereich, bei der Feuerwehr der Stadtreinigung und anderen Sozial- und Dienstleistungseinrichtungen auf. Gerade hier gelangt die Rationalisierung, die auch in der Stadtverwaltung durchgezogen wird, an den Rand des Möglichen.

Zur Behindertenfrage sagte Nekula, die Behindertenkommission solle helfen, die Behinderten in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Dazu bedarf es vieler Maßnahmen, von denen einige schon eingeleitet worden sind. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Personaldebatte

=++++

32 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) An weiteren Zahlen nannte Nekula die Aufnahme von insgesamt 7.114 neuen Bediensteten im Jahr 1979. Davon sind 739 Gastarbeiter. Insgesamt beschäftigt die Stadt derzeit 4.513 Ausländer. 400 Saisonbedienstete werden 1981 für die Volkszählung benötigt werden.

Dem verstärkten Umweltbewußtsein wurde mit einem Unterausschuß Rechnung getragen, der sich mit Umweltfragen beschäftigt. Auch hier sind Auswirkungen bezüglich der Einstellung weiterer Bediensteter nötig. Im Jahr 1979 hat die Rechtsabteilung 3.097 Bewerbern die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen, bis November 1980 3.595. Damit werden Menschen in Österreich integriert, die schon lange hier arbeiten und oft Beschäftigungen nachgehen, für die sich kaum Österreicher finden. Weitere Aufgaben hat die Rechtsabteilung in der Anpassung von Gesetzen an den technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Abschließend dankte Nekula den Bediensteten der Stadt Wien für ihre Mitarbeit, die für das Funktionieren der Stadt unerlässlich ist. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Personaldebatte

=++++

33 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Bei der oppositionellen Kritik an der beabsichtigten Bestellung von Obersenatsrat Dr. Zöllner zum Projektleiter für das Sozialmedizinische Zentrum Ost ging es nicht um die "Hatz" auf einen Gemeindebediensteten, sagte Gr. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), sondern um die verantwortungsvolle Überlegung, ob dieser Mann nach den Bauring-Erfahrungen mit einer solchen Funktion betraut werden soll. Diese Sorge, die nun dazu geführt hat, daß man von dieser Bestellung offensichtlich absieht, war berechtigt.

Für die insgesamt rund 60.000 aktiven Bediensteten des Magistrats und der Stadtwerke (ohne Landeslehrer) sind Aufwendungen von rund 15 Milliarden notwendig. Es stellt sich die Frage, welche Auswirkungen eine Verkürzung der Arbeitszeit beziehungsweise eine Verlängerung des Mindesturlaubes hätte. Konkrete Berechnungen sind nötig.

Das Hauptproblem bei den Gemeindevermittlungssämtern ist der Umstand, daß diese Institution weitgehend unbekannt ist. Hirnschall schlug vor, einen ernstesten Versuch zu unternehmen, daraus wirkliche "Friedensrichter" zu machen. Eine Voraussetzung dafür ist die Information der Bevölkerung über diese Einrichtung.

Hirnschall regte an, die Berichte der Volksanwaltschaft auch im Plenum des Landtages zu behandeln.

Im Zusammenhang mit Ersatzvornahmen sollte im Interesse der Mieter und der Altstadterhaltung ein expeditiveres Arbeiten erreicht werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Personaldebatte

=++++

34 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Gemeindedienst ist die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht verwirklicht, erklärte GR. Dkfm.Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP). Von den rund 26.000 weiblichen Bediensteten sind bloß 13 Senatsräte. Es sollte überlegt werden, über einen begrenzten Zeitraum bei gleicher Qualifikation Frauen den Vorrang zu geben.

Die Frage, ob es in Wien zuwenig oder genug Krankenpflegepersonal gibt, ist offen. In Tirol und in der Steiermark kommt man jedenfalls mit weniger Personal als in Wien aus. Eine gezielte Imagewerbung und mehr Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten würden den Krankenpflegeberuf attraktiver machen. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Personaldebatte

=++++

35 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Für die städtischen Mitarbeiter werden im kommenden Jahr 21 Milliarden Schilling ausgegeben werden, führte Gr. HOLUB (SPÖ) aus. Die 9.000 Mitarbeiter in der Hoheitsverwaltung stellen nur 12,8 Prozent des Gesamtpersonalstandes, Zehntausende sind in Krankenanstalten, Sozial- und Wohlfahrtseinrichtungen und so weiter tätig. Holub verwies auf die besondere Verlässlichkeit der städtischen Ver- und Entsorgungsbetriebe und auf die Bemühungen der Stadtverwaltung zur Schaffung und zum Ausbau von Serviceeinrichtungen für die Bevölkerung. Von den 832 zusätzlichen Mitarbeitern gegenüber 1980, die die Zahl der Planstellen auf 54.734 erhöhen, sind 67 Landeslehrer, 368 werden in Wohlfahrtseinrichtungen tätig sein, 120 in Kindergärten und nur knapp 300 in der Hoheitsverwaltung. Abschließend berichtete Holub über die Lehrlingsausbildung und über die soziale Aufgabe, die die Stadtverwaltung durch die Beschäftigung Behinderter erfüllt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Personaldebatte

=++++

37      Wien, 9.12. (RK'KOMMUNAL) Um die Mitbestimmung und die Information der Bürger sei es in dieser Stadt schlecht bestellt, sagte Mag. GR. KAUER (ÖVP). Ein Paradebeispiel dafür seien die Dreieckständer. Auch die ÖVP respektiere das Ergebnis der Volksbefragung doch wehre sie sich dagegen, daß die SPÖ bestimmt, wo das Stadtbild nicht gestört wird. Ein ÖVP-Antrag, Ankündigungen lokaler Art, von einem Dreieckständerverbot auszunehmen, wurde abgelehnt. Für ein ÖVP Adventfest im 3. Bezirk wurde eine Ausnahmegenehmigung untersagt. Nach einer ÖVP-Radfahraktion im 3. Bezirk, die ordnungsgemäß angemeldet war, ermittelt die Polizei gegen die Initiatoren. In Wien seien einige ein wenig "gleicher", mutmaßte GR. Kauer. Mehrheit sei aber nicht gleich Wahrheit. Die Wiener SPÖ verwechsle die Stadt mit sich selbst. Die Freiheit der Information und der Diskussion seien gefährdet. Selbst viele Gemeinderäte sind uninformiert. Verbieten und mundtot machen hat aber noch nie ein Problem gelöst. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Personaldebatte

=++++

38 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Rudolf PÖDER (SPÖ) nahm zur Besoldungsreform Stellung, die ab Mitte 1981 den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen im Dienst der Stadt Wien zugute kommt. Pöder sagte, diese Reform hilft vor allem den Bediensteten mit handwerklicher Verwendung sowie den Beamten der Verwendungsgruppen E, D und C. Insgesamt werden von der Regelung 70 Prozent des gesamten Personals der Stadt erfaßt, die damit Lohnanhebungen erhalten, die über den Abschluß von 6,2 Prozent mit 1. Jänner 1981 hinausgehen. Auch die Anfangsbezugsregelung, die einen gleichbleibenden Bezug für sechs Jahre vorsieht, wird zugunsten einer sofortigen zweijährigen Vorrückung beseitigt. Insgesamt beträgt damit die Steigerung des Personalaufwandes der Stadt - bereinigt um die Mehreinstellungen - 11,5 Prozent.

Zu der Frage von GR. HIRNSCHALL (FPÖ), wie sich der Fünfwochenmindesturlaub auf Wien auswirken werde, sagte Pöder, diese Maßnahme werde insofern verkraftbar sein, da ohnedies alle Bediensteten der Stadt Wien ab 15 Dienstjahren fünf Wochen Urlaub haben. Vermehrter Urlaub und Verkürzung der Arbeitszeit sind jedoch nur im Rahmen der wirtschaftlichen Realität möglich.

In Zusammenhang mit den Angriffen gegen Dr. Zöllner sagte Pöder, von fachlicher Seite hätte es keine Bedenken gegen eine Bestellung zum Projektleiter für das SMZ-Ost gegeben. Diese Angelegenheit ist von der Opposition politisiert worden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Personaldebatte

=++++

39 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Vorwurf von GR. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), die Frauen werden im Gemeindedienst benachteiligt, sagte Pöder, derzeit sind 17,9 Prozent aller Juristen, und 45,1 Prozent aller Spitalsärzte Frauen. Die Forderung, bei gleicher Qualifikation Frauen vorzuziehen, könne er sich nicht anschließen. Hier gibt es auch andere Kriterien. Pöder wies auch auf die Reform in der Ausbildung der Krankenschwestern hin, die einen großen Fortschritt auf diesem Gebiet gebracht hat.

Schließlich nahm Pöder zur Frage der Personalvertretungen im öffentlichen Dienst Stellung. Von der 1979 erhobenen Forderung aller Bundesländer, das Dienstrecht solle einschließlich des Personalvertretungsrechtes Ländersache sein, ist bis jetzt nur der erste Teil verwirklicht, sagte er.

Der ÖVP machte Pöder den Vorwurf, in dieser Frage des Personalvertretungsrechtes, die sie in der Forderung der Bundesländer mitvertreten hat, ausgesichert zu sein. (Forts.) gerfbs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Personaldebatte

=++++

40 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte fest, daß Dr. Zöllner nach wie vor Obersenatsrat in der Gemeinde Wien ist. Dies sei keineswegs ein "Wegwerfposten". Für das Generalmanagement des Sozialmedizinischen Zentrums Ost gebe es jedoch geeignetere Beamte.

Stadtrat NEKULA (SPÖ) nahm abschließend zu einigen in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung: Die Gemeindevermittlungsamter sollen in höherem Maße bekannt gemacht werden. Das Referat für Ersatzvornahmen wird nach der Kündigung von zwei Beamten umgruppiert, um eine größere Effizienz zu erreichen.

Was die Gleichberechtigung der Frauen betrifft, ist Wien ein Modellfall. Wien war die erste Gebietskörperschaft, in der - 1948 - eine Frau Senatsrat wurde, die erste, in der eine Frau die höchste Dienstklasse erreichte. Wien hat im Vergleich mit dem Bund und den anderen Ländern den höchsten Anteil an weiblichen Angehörigen der Dienstklasse VIII. Das Verlangen, bei gleichwertigen Bewerbern Frauen den Vorrang einzuräumen, widerspreche der Verfassung.

Personen unter 17 Jahren dürfen aufgrund einer bundesgesetzlichen Regelung nicht für den Dienst am Krankenbett herangezogen werden.

Nekula erinnerte daran, daß die Volksbefragung vom März dieses Jahres eine überwältigende Mehrheit gegen die Dreieckständer gebracht hat. Diese demokratische Willensäußerung sei zu respektieren. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Umweltdebatte

=++++

41 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In der Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit werden auf vielen Gebieten wichtige Maßnahmen für die Wienerinnen und Wiener getroffen, erklärte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ). Schwerpunkt sind die Maßnahmen für den Umweltschutz. 1981 werden umfassende Projekte und Studien verwirklicht, die über ein Ressort hinaus die Voraussetzungen für eine umweltbewußte Kommunalpolitik schaffen werden.

Die Bedeutung des Sports als sinnvolle Freizeitmöglichkeit ist in den letzten Jahren eher gestiegen. In Wien kann man sich in fast allen Sparten betätigen. Es wird der Breiten- und der Spitzensport gefördert. Der "Freizeitsport" ist möglicherweise noch unterprivilegiert. Es wäre wünschenswert, daß die teuren Sportanlagen für alle zugänglich sind. Einer allzu starken Konsumorientierung im Freizeitbereich sollte man entgegensteuern.

Auf dem "Grünsektor" werden zahlreiche Maßnahmen von den Beseirparks bis hin zu neuen Grünflächen und zur Erhaltung des Grüngürtels rund um Wien fortgesetzt. Es wäre zu überlegen, ob man die Areale der städtischen Sommerbäder, z. B. das Gänsehäufel, ganzjährig benützt und damit die öffentlichen Grünflächen erweitert.

Die Arbeiten auf der Donauinsel, eines Projektes, das in hervorragender Weise Hochwasserschutz und die Schaffung neuer Freizeitmöglichkeiten vereint, werden zügig vorangetrieben. Schon jetzt ergreifen tausende Wiener von dem neuen Freizeitparadies Besitz.

Das Bäderbauprogramm wird 1981 fortgesetzt. Neue Bezirkshallenbäder entstehen in Kagran, in der Brigittenau und in Floridsdorf. Der erste Teil des generalsanierten Amalienbades wird im Herbst 1981 in Betrieb genommen. (forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Umweltdebatte

=++++

42 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.Ing. Dr.PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß im Bereich des Umweltschutzes zwar eine Vielzahl von Messungen, Forschungen, Analysen usw. durchgeführt werden, daß jedoch konkrete Maßnahmenpläne fehlen. In einem BESCHLUSSANTRAG forderte Pawkowicz die Erstellung eines Maßnahmenkataloges innerhalb eines Jahres, der einen Alarmplan im Falle gesundheitlicher Luftverschmutzung vorsehen soll: er hätte insbesondere zu enthalten: Möglichkeiten zur Verfügung von Verkehrsbeschränkungen bei Wetteranlagen, die zu einer besonderen Anreicherung von Giftstoffen in der Luft führen; Emissionsbegrenzung für staub- und gasförmige Stoffe bei genehmigungsbedürftigen Anlagen der Industrie und des Gewerbes sowie Abschaltpläne; Umschaltpläne - auf schwefelarme brennstoffe - bei großen Umweltverschmutzungen.

Der Redner verlangte sodann den Zivilschutz für den Bereich Wien effizienter zu gestalten und dabei besonders eine Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr, Rettung und ähnlichen Institutionen sowie "Freiwilligen Gruppen" zu forcieren. Pawkowicz verlangte in einem weiteren BESCHLUSSANTRAG, den Zivilschutz von der Geschäftsgruppe "Personal- und Rechtsangelegenheiten" in den Bereich der Geschäftsgruppe "Umwelt und Freizeit" zu übertragen. Der Stadtrat für Umwelt und Freizeit wird in dem Antrag aufgefordert, ein Konzept für die Neuordnung des Zivilschutzes bis zum Sommer 1981 vorzulegen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Umweltdebatte

=++++

43 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Pratergewässer sind durch den Reitsport und die Fischer großen Verunreinigungen ausgesetzt, stellt GR.DDr. STRUNZ (ÖVP) fest. Die ÖVP beantrage daher, daß diese Gewässer entsprechend geschützt und von Beeinträchtigungen freigehalten werden. In einem weiteren Antrag forderte GR. Strunz eine Überprüfung der Umweltverträglichkeit des sogenannten Kleinklimas auf den Steinhofgründen. Ein dritter ÖVP-Antrag beinhaltete die Aufstellung von ökologischen Lärmschutzwänden in Parks und Grünflächen. Die ökologische Lärmschutzwand hält nicht nur den Lärm fern, sondern absorbiert auch Schadstoffe.

Stadtrat Schieder habe von "einer Umweltoffensive" gesprochen. Noch immer fehlen jedoch ein Luftreinigungsgesetz und ein Smogalarmplan. Als "weites Land" für den Umweltschutz bezeichnete GR. Strunz das Raumklima. In einem Raum in dem sich 40 Personen befinden, steigt der Kohlendioxydgehalt innerhalb von 20 Minuten auf das Dreifache des Grenzwertes. (Forts.) ba/iw

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Umweltdebatte

=++++

44 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) betonte, daß die Budgetmittel zur Errichtung von Park- und Gartenanlagen um 22,6 Prozent erhöht worden sind, die Mittel für Sonderanlagen um 51,5 Prozent. Es werden Parks, Grünflächen und Kinderspielplätze in verschiedenen Bezirken errichtet, darunter auch Anlagen in den Sanierungsgebieten Ottakring und Storchengrund. Bäume und Sträucher werden gepflanzt, darunter tausend Bäume auf Straßen und Plätzen. Der Weghuberpark und der Hamerlingpark werden wiederhergestellt. Insgesamt gibt es 1.630 Parks und Grünanlagen, 23 Lagerwiesen, 72.500 Bäume in 1.300 Straßen, 1.300 Wohnhausgärten, 230 Schulgärten, 195 Grünanlagen in Kindergärten und 15 Jugendspielplätze, die gepflegt und gewartet werden müssen.

Das städtische Forstamt errichtet Stadt- und Rundwanderwege, und forstet am Laaer Berg, im Maurer Wald, in der Lobau und auf der Donauinsel auf. Verschiedene Projekte, darunter ein Radweg nach Laxenburg werden mit Niederösterreich gemeinsam durchgeführt.

Auf dem Sektor der Sportförderung werden eine Jugendsportanlage in der Franz Koci-Straße errichtet, die Sanierung des Wiener Stadions begonnen und Sportzentren instandgesetzt. Jugendeislaufen, Fahrten zum Schnee, Semesterskifahren und Semesteraktionen in den Bädern und Schulen zählen zu den für die Jugend wichtigen Sportaktionen. Zuschüsse für die Sanierung von Sportanlagen, darunter auch für einen neuen Eislaufplatz im Süden Wiens, ergänzen die Bemühungen um den Sport in Wien, für den insgesamt 246 Millionen S im Budget 1981 sind. Dies alles zum Wohle der Wiener. (Forts.)  
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Umweltdebatte

=++++

45 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Wir sollten aus den Schwierigkeiten bei der Katastrophenhilfe in Italien lernen, sagte Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP). Im Ernstfall ist eine optimale Koordination der Hilfsmaßnahmen nötig. Gibt es einen gezielten Einsatzplan, der auch die privaten Institutionen einbezieht? Es wäre eine Aufgabe des Zivilschutzverbandes, diese Koordination für den Ernstfall vorzubereiten.

Der heimliche Wunsch nach einem Häuschen im Grünen treibt jährlich viele Wiener aus der Großstadt, sagte GR TRAINDL (ÖVP).

Mangel an Mitbestimmung, Korruptionsfälle und unglaubwürdige Aussagen von Spitzenpolitikern förderten die Demokratieverdrossenheit.

Die ÖVP war von Anfang an gegen eine Verbauung und für eine Öffnung des Sternwarteparks, die SPÖ erst jetzt, nach sieben Jahren. Eine SPÖ-nahe Baugesellschaft macht Pötzleinsdorf wieder um ein Stück Grün ärmer. Es bedarf noch sichtbarer Zeichen seitens der SPÖ, um als Grünschützer Anerkennung zu finden. Die ÖVP wird auch in Zukunft bestrebt sein, das von den Vätern ererbte Grün zu schützen und zu pflegen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Umweltdebatte

=++++

46 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die ungeheure Überbewertung des Fußballsportes und das Festhalten an Großvorhaben kritisierte GR. ARTHOLD (öVP). Im 10. Bezirk wird um 120 Millionen eine Eislaufhalle gebaut. Mit diesem Betrag hätte man 20 Plätze in ganz Wien errichten können.

Das Horrstadion, das vom Wiener Fußballverband gebaut wird, hätte in 15 Monaten fertig sein sollen. Die Bauzeit ist schon um Monate überschritten. Auch mit den Fixkosten von 21,7 Millionen wird man nicht auskommen. Es ist zu befürchten, daß die Stadt weitere neun Millionen an Subventionen geben wird. Warum hat man sich nicht rechtzeitig um die Einhaltung des sehr eindeutig formulierten Vertrages gekümmert? Keines dieser Projekte wurde im Wiener Landessportrat besprochen.

Auf die vielen kleinen Sportvereine, die am Hungertuch nagen, wird vergessen, während man ein paar Projekte großzügig fördert.  
(Forts.) sei/iw

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Umweltdebatte

=++++

47 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) über die Umgestaltung des Donaupraumes sprach Gemeinderat EMERLING (SPÖ). Wir sind heute vor die faszinierende Aufgabe gestellt, die negativen Auswirkungen der Donauregulierung 1875 zu korrigieren und den ursprünglichen Landschaftscharakter wieder herzustellen. Im Nordteil der Donauinsel wurden 800.000 Bäume und Sträucher gesetzt, die Aufstauung der Neuen Donau wirkt sich positiv auf Grundwasser, Alte Donau und für die Revitalisierung der Lobau aus. Der bereits fertige Teil der Donauinsel sei von der Bevölkerung gut angenommen worden. Die ÖVP sei seinerzeit gegen dieses Projekt Sturm gelaufen und hatte sogar die Baueinstellung verlangt.

Emerling ging weiter auf die Gefahr einer Verhüttelung des Bisamberg ein, da die Gemeinde Bisamberg weiterhin Bau- und Rodungsbewilligungen erteile. An die Adresse der ÖVP richtete er die Aufforderung, auf die niederösterreichische Landesregierung und die Gemeinde Bisamberg einzuwirken, diese negativen Einflüsse einzustellen. Er bat um Unterstützung für einen Vorschlag des Instituts für Raumplanung, einen Teil des Bisamberg zum Vollnaturauschutzgebiet zu erklären.

Emerling bedauerte, daß der Zivilschutzverband bisher in der Öffentlichkeit zu wenig Verständnis gefunden habe. Das sei erst besser geworden, als die Bezirksvorsteher mit der regionalen Leitung beauftragt wurden. Die Aufklärung der Bevölkerung werde nun über Kasernen und Betriebe versucht, um so einen Stock von jungen Menschen auszubilden. Abschließend bekannte er sich zu einer Politik der Ansiedlung internationaler Organisationen, der Neutralität und der Offenheit gegenüber den Nachbarn. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Umweltdebatte

=++++

48 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort dankte Umweltstadtrat SCHIEDER (SPÖ) seinen Vorrednern für die Aufzählung zahlreicher Maßnahmen auf dem Grünsektor. Auch das großartige Projekt des Donaupraumes und die Bemühungen um den Zivilschutz haben Erwähnung gefunden. Zum FPÖ-Debattenbeitrag stellte Schieder fest, daß kurzfristige Maßnahmen im Falle einer Luftverschmutzung vorgesehen seien. Gesetzliche Bestimmungen könnten auf Detailgebieten noch Verbesserungen bringen. Beim Projekt General Motors wurde entschieden, zwei Drittel des Bedarfes aus der Fernwärme zu decken. Bei der Müllverwertungsanlage Rinter AG wird es weniger Staub geben, als die ÖNORM erlaubt. Für besondere Notfälle sei im Wiener Katastrophenplan Vorsorge getroffen. Die Bemühungen um die Öffnung des Sternwarteparks seien dem Kollegialorgan Gemeinderat sicher besser bekannt, als dem ÖVP-Gemeinderat, der zu diesem Thema sprach. In Währing haben sich Anrainer zu einer Gemeinschaft zusammengefunden und für eine Grünfläche, die die Kirche verbauen wollte, gekämpft. Beim ÖVP-Bezirksvorsteher fanden diese Menschen kein Gehör. Erst als ein Baum auf diesem Grundstück unter Naturschutz gestellt wurde, war die Grünfläche gesichert. Auf Bundesebene hat es den Versuch gegeben, klare Kompetenzen zum Umweltschutz zu schaffen. Die ÖVP-Landeshauptleute haben sich dagegen ausgesprochen.

Zum Horrstadion stellte Schieder fest, daß es Differenzen zwischen den Wünschen des Fußballverbandes und den bestehenden vertraglichen Bestimmungen des Sportamtes gegeben habe. In Kürze soll eine gemeinsame Lösung gefunden werden, die sicherstellt, daß das Horrstadion rasch fertiggestellt wird. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Umweltdebatte

=++++

49 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Den ÖVP-Vorschlag, Subventionen zu kürzen, werde er den Fußballvereinen unterbreiten, sagte Schieder. Abschließend bekannte sich Schieder dazu, eine Vielfalt von Sportarten zu fördern und der Freizeitgestaltung in Wien einen breiten Raum zu geben.

Nach fast 12 stündiger Beratung wird die Gemeinderatssitzung um 21.14 Uhr unterbrochen. Die Budgetdebatte wird morgen Mittwoch, 10. Dezember, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie (Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner), Gesundheit und Soziales (Amtsf. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher) und Kultur- und Bürgerdienst (Amtsf. Stadtrat Helmut Zilk) fortgesetzt. (Schluß) ba/bs

Wiener Landtag

=++++

50 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Landtag (Vorsitz 1. Präsident Hubert PFOCH) wurde auf Antrag von Personalstadtrat Franz NEKULA (SPÖ) die Novelle zur Besoldungsordnung 1967 einstimmig beschlossen. Die Bezüge der Beamten und Vertragsbediensteten werden dadurch ab 1. Jänner 1981 entsprechend dem Verhandlungsergebnis mit den Gewerkschaften um 6,2 Prozent erhöht. Die jährlichen Mehrkosten betragen 1.023 Millionen S, davon 310 Millionen bei den Stadtwerken.

Ein gemeinsamer Initiativantrag der SPÖ und ÖVP (betreffend Änderung des Bezügegesetzes) und ein Antrag der ÖVP (betreffend Einsetzung von Untersuchungsausschüssen) wurden vom Präsidenten zur weiteren Behandlung zugewiesen. (Schluß) ger/iw

Dachgleiche für Lagerzentrum in Hirschstetten

=++++

20 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf einem Areal von 256.000 Quadratmeter errichtet der Konsum Österreich in Hirschstetten ein Lagerzentrum von dem aus die Region Ost des Konsum Österreich (Wien, Niederösterreich und nördliches Burgenland) mit Frischwaren und Lebensmitteln versorgt werden wird. Es dient aber auch für das gesamte Bundesgebiet als zentrales Gebrauchsgüterlager. Dienstag wurde die Dachgleiche gefeiert. Das Zentrum soll im April 1981 seiner Bestimmung übergeben werden. Die Stadt Wien hat das zwischen Ostbahn und Aspernstraße liegende Grundstück zur Verfügung gestellt und damit wesentlich zur Schaffung von 800 neuen Arbeitsplätzen beigetragen.

Erster Landtagspräsident Hubert PFOCH dankte bei der Dachgleichenfeier im Namen des Landeshauptmannes und Bürgermeisters von Wien allen, die am Zustandekommen dieses großen Lager- und Versorgungszentrums ihren Beitrag geleistet haben. Pfoch hob hervor, daß damit auch die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs gesichert wird.

Von 1969 bis 1979 hat Wien 3,3 Millionen Quadratmeter Grund für 297 Betriebsansiedlungen zur Verfügung gestellt und damit bei der Schaffung von 31.000 Arbeitsplätzen einen wesentlichen Beitrag geleistet. (Schluß) ta/bs